



NEWSLETTER

Der Ratifizierungsprozess zum Europäischen Verfassungsvertrag Sachstand und Stimmungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

Stand: 21. Dezember 2004

1. Einführung

Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedsstaaten die EU-Verfassung, die sie am 18. Juni 2004 einstimmig angenommen hatten. Dieser Verfassungsvertrag, der alle derzeitigen europäischen Verträge durch einen einzigen Rechtsakt ersetzt, kann jedoch erst in Kraft treten, wenn er von den Unterzeichnerstaaten angenommen beziehungsweise ratifiziert wurde. Der Ratifizierungsprozess sollte in allen Mitgliedsstaaten bis November 2006 abgeschlossen sein.

Hinsichtlich des Annahmeverfahrens bestehen in einigen Ländern noch Unklarheiten: während in zehn Mitgliedsstaaten die Ratifizierung per Referendum stattfinden wird, werden in weiteren zwölf Ländern die nationalen Parlamente die Verfassung ratifizieren. In drei Mitgliedsstaaten steht die Methode der Annahme noch nicht fest. Darüber hinaus trifft der Verfassungsvertrag in zahlreichen Ländern weiterhin auf Widerstand und Ablehnung in Gesellschaft und Politik.

In regelmäßigen Abständen möchte das vorliegende *Newsletter* über die neuesten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Verfassungsdebatte und des Ratifizierungsverfahrens informieren.

2. Zur Ratifizierungsdebatte in den Mitgliedsstaaten

Belgien (Referendum noch nicht entschieden)

In Belgien ist nicht der Verfassungsvertrag sondern das Verfahren der Ratifizierung strittig. Mit Ausnahme des rechtsextremen Vlaams Belang befürworten alle Parteien den Vertrag. Premierminister Verhofstadt hat sich früh für ein Referendum ausgesprochen, das er am liebsten im Mai 2005 gleichzeitig mit dem geplanten niederländischen Referendum abhalten würde.

Nach Ansicht des Staatsrates ist ein Referendum nur aufgrund einer Verfassungsänderung möglich. Obwohl die christdemokratische Opposition auf Bundesebene und die frankophonen Sozialisten die Organisation eines Referendums ablehnen, sprach sich der Ausschuss für Verfassungsänderungen mit einer knappen Mehrheit bestehend aus Liberalen, Grünen und dem rechtsextremen Vlaams Belang

für das Prinzip einer Volksbefragung aus. Als nächstes soll über die Frage im Plenum abgestimmt werden.

Zur Ratifizierung der Verfassung bedarf es der Zustimmung in beiden Kammern des Föderalen Parlaments sowie der drei Regionalparlamente wie auch der Parlamente der Frankophonen und Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 81% der Belgier befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 13% lehnen sie ab und 7% sind noch unentschieden.

Dänemark (obligatorisches, bindendes Referendum 2005)

Am 2. November 2004 einigten sich die fünf stärksten Parteien des Landes auf einen „nationalen Kompromiss“, der die Ratifizierung per Referendum empfiehlt. Um auch die Sozialisten zu überzeugen, versicherten die übrigen Parteien, dass Dänemark trotz der durch die EU-Verfassung vorgesehenen Ausdehnung des Mehrheitsrecht ein Vetorecht hinsichtlich Sozial-, Arbeitsmarkt- und Besteuerungsfragen behält. Premier Rasmussen hat angekündigt, die Volksbefragung nach den Parlamentswahlen im Herbst 2005 durchzuführen.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 44% der Dänen befürworten die Idee der europäischen Verfassung, 36% lehnen sie ab und 20% sind noch unentschieden.

Deutschland (parlamentarische Ratifizierung)

Mit Ausnahme der PDS-Abgeordneten sprechen sich alle im Bundestag vertretenen Parteien für eine Ratifizierung des Verfassungsvertrages aus. Die von den Freien Demokraten (FDP) und der PDS favorisierte Idee einer Volksabstimmung fand nur zwischenzeitlich positiven Widerhall bei der Rot-Grünen Bundesregierung. Während bei der Christlich Sozialen Union Stimmen für ein Referendum zu hören sind, spricht sich die CDU klar dagegen aus.

Das parlamentarische Ratifizierungsverfahren ist politisch verknüpft mit einer Änderung der bisherigen Grundlagen für eine Beteiligung der Länder an der Europapolitik und indirekt mit dem Ausgang der Föderalismusreform. Am 17. Dezember wurden die Beratungen zum Ratifizierungsprozess im Bundesrat eingeleitet. Ende Februar, Anfang März sollen voraussichtlich die parlamentarischen Verhandlungen beginnen und die Abstimmung im Juni 2005 stattfinden.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 79% der Deutschen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 13% lehnen sie ab und 8% sind noch unentschieden.

Estland (Referendum noch nicht entschieden)

Das Stimmungsbild in Estland ist noch unklar. Premierminister Parts und Parlamentspräsidentin Ergma befürworten ein Ratifizierungsverfahren im Parlament. Strittig ist noch inwieweit die EU-Verfassung als Eingriff in die Landesverfassung interpretiert werden kann.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 64% der Esten befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 11% lehnen sie ab und 25% sind noch unentschieden.

Finnland (parlamentarische Ratifizierung)

Die finnische Regierung unter Premierminister Vanhanen spricht sich für eine Ratifizierung ohne Volksabstimmung aus. Die konservative Kokoomus wie auch die Opposition aus Grünen, Linken und Nationalen setzen sich für eine Volksabstimmung ein. Eine Ratifizierung ist frühestens für Ende 2005 bzw. 2006 anvisiert.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 58% der Finnen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 35% lehnen sie ab und 7% sind noch unentschieden.

Frankreich (fakultatives, bindendes Referendum 2005)

Mit dem positiven Ausgang der Mitgliederbefragung bei den französischen Sozialisten sind in Frankreich wichtige Vorentscheidungen im Ratifizierungsprozess gefallen. Präsident Chirac und Premierminister Raffrain wollen sich rücksichtslos für die Annahme des Verfassungsvertrages einsetzen. Die kommunistische PCF und die extremen Rechten sprechen sich dagegen aus. Die französischen Grünen wollen im Januar eine interne Mitgliederbefragung durchführen.

Laut Meinungsumfragen würden heute 54% der Bevölkerung mit Ja stimmen, 41% hingegen mit Nein. Gleichwohl ist der Weg noch nicht ganz frei. So erklärte der Verfassungsrat Anfang November, dass der Verfassungsvertrag erst nach Überarbeitung der französischen Verfassung ratifiziert werden könne. Diese Überarbeitung soll dem französischen Parlament am 25. Januar 2005 zur Abstimmung vorgelegt werden.

Darüber hinaus hat Präsident Chirac angekündigt, dass er ein bindendes Referendum im zweiten Halbjahr 2005 durchführen möchte, es ist in diesem Zusammenhang der 14. Juli erwähnt worden. Hier muss er befürchten, dass es zu einer Verquickung der Debatten zur EU-Verfassung und zum Türkei-Beitritt, den die große Mehrheit der französischen Bevölkerung ablehnt, kommen kann.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 70% der Franzosen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 18% lehnen sie ab und 12% sind noch unentschieden.

Griechenland (parlamentarische Ratifizierung)

Die parlamentarische Ratifizierung ist für Januar 2005 angesetzt. Sowohl die regierende Nea Dimokratia wie auch die sozialistische Oppositionspartei PASOK wollen für den Vertrag stimmen. Ablehnung besteht bei der Koalition der progressiven Linken Synaspismos und der Kommunistischen Einheitspartei (KKE). Die Durchführung eines Referendums ist kein Thema; die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dazu fehlen.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 69% der Griechen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 20% lehnen sie ab und 11% sind noch unentschieden.

Irland (obligatorisches, bindendes Referendum 2005)

Da die Verhandlungen zum Verfassungsvertrag unter irischer Präsidentschaft zum Erfolg geführt wurden, ist eine Ratifizierung wahrscheinlich. Allerdings gibt es ein obligatorisches bindendes Referendum, das für 2005 eingeplant ist.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 61% der Iren befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 13% lehnen sie ab und 26% sind noch unentschieden.

Italien (parlamentarische Ratifizierung)

Der italienische Premierminister Berlusconi hat noch am Tag der Unterzeichnung des Verfassungsvertrages in Rom angekündigt, dass er das entsprechende Gesetz in den Ratifizierungsprozess gegeben habe. Keine im Parlament vertretene Partei spricht sich dagegen aus. Die Lega Nord (LN) wie die Grünen kritisieren allerdings die Entscheidung auf ein Referendum zu verzichten.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 73% der Italiener befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 14% lehnen sie ab und 13% sind noch unentschieden.

Lettland (parlamentarische Ratifizierung)

Das Stimmungsbild in Lettland zum Verfassungsvertrag ist unklar. Aufgrund des sehr positiven Ausgangs des Referendums zum EU-Beitritt geht man von einer positiven Grundstimmung aus. Das Parlament hat den Vorschlag der grünen PCTVL für eine Volksbefragung zurückgewiesen und am 14. Dezember mit der Ratifizierungsdebatte begonnen. Es wird mit einer Annahme Anfang 2005 gerechnet.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 61% der Letten befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 13% lehnen sie ab und 27% sind noch unentschieden.

Litauen (parlamentarische Ratifizierung)

Litauen hat als erstes Land den Verfassungsvertrag am 11. November 2004 ratifiziert. Bei vierundachtzig Ja-Stimmen sprachen sich nur vier Parlamentarier dagegen aus, drei enthielten sich.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 73% der Litauer befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 5% lehnen sie ab und 22% sind noch unentschieden.

Luxemburg (fakultatives, bindendes Referendum 2005)

In Luxemburg ist der Verfassungsvertrag nicht umstritten. Er wird von allen im Parlament vertretenen Parteien unterstützt. Strittig war der Zeitpunkt des Referendums, für das sich Premierminister Juncker ausgesprochen hat. Es soll nun am 10. Juli 2005 stattfinden.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 77% der Luxemburger befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 14% lehnen sie ab und 9% sind noch unentschieden.

Malta (parlamentarische Ratifizierung)

Der kritische Faktor in Malta ist die Haltung der oppositionellen Labour-Partei (PL), die sich noch nicht zu einem abschließenden Urteil durchgerungen hat. Die Regierung lehnt mit Hinweis auf das im März 2003 durchgeführte Referendum zum EU-Beitritt eine Volksbefragung ab, sodass einer Ratifizierung im Parlament nichts im Wege stehen dürfte.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 56% der Malteser befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 20% lehnen sie ab und 24% sind noch unentschieden.

Niederlande (fakultatives, nicht-bindendes Referendum)

Auch wenn sich alle Parlamentsparteien zugunsten einer Volksabstimmung ausgesprochen haben, ist unklar wie sich die Parteien hinsichtlich der Verfassung positionieren. Der regierende Christdemokratische Appel wie auch die oppositionellen Sozialisten sind dafür. Zweifel gibt es beim liberalen Koalitionspartner. Das Referendum soll voraussichtlich im Sommer 2005 stattfinden.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 73% der Niederländer befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 20% lehnen sie ab und 6% sind noch unentschieden.

Österreich (parlamentarische Ratifizierung)

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung wie auch alle im Parlament vertretenen Parteien befürworten die neue Verfassung. Strittig ist hier die Frage eines Referendums. SPÖ, ÖVP und Grüne halten nur ein europaweit zeitgleich abgehaltenes Referendum für sinnvoll; einzig die FPÖ setzt sich für eine Volksbefragung in jedem Falle ein.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 67% der Österreicher befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 15% lehnen sie ab und 18% sind noch unentschieden.

Polen (fakultatives, bindendes Referendum)

Polen gehört mit zu den kritischsten Ländern. Während sich Regierung und Staatspräsident Kwasniewski für die Ratifizierung der Verfassung einsetzen, ist das Meinungsbild in den Oppositionsparteien gespalten bis ablehnend. Eindeutig dagegen argumentieren die eher populistischen Parteien wie Liga Polskich Rodzin oder Samoobrona. Die stärkste Kraft in der Opposition, die Platforma Obywatelska, muss aus ihrer negativen Grundposition herausfinden. Die Frage eines Referendums ist noch nicht entschieden. Jüngsten Umfragen zufolge würden sich nur 28% für und 30% dagegen aussprechen.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 73% der Polen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 11% lehnen sie ab und 16% sind noch unentschieden.

Portugal (fakultatives, bindendes Referendum 2005)

Die Ratifizierungsdebatte dürfte von der Auflösung des Parlamentes und den damit verbundenen Neuwahlen am 20. Februar überlagert werden. Sowohl die noch regierenden Sozialdemokraten als auch die portugiesischen Sozialisten befürworten

den Vertrag. Der amtierende Premierminister Pedro Santana Lopez hat sich für ein Referendum im Frühjahr 2005 ausgesprochen, während der Parteivorsitzende der Sozialdemokraten einen solchen Schritt für nicht-verfassungskonform hält.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 61% der Portugiesen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 11% lehnen sie ab und 28% sind noch unentschieden.

Schweden (parlamentarische Ratifizierung)

Das Meinungsbild ist noch nicht abgeschlossen. Die Regierung möchte die EU-Verfassung bis spätestens Ende 2005 ratifizieren. Ein Referendum lehnt sie ab und kann dabei auf die Unterstützung der Mehrheit des Parlamentes zählen. Nur die Grünen (Miljöpartiet de Gröna) und die linke Vänsterpartiet sprechen sich dafür aus und haben damit eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Die Abstimmung im Parlament soll im Dezember 2005 stattfinden.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 50% der Schweden befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 25% lehnen sie ab und 25% sind noch unentschieden.

Slowakei (Referendum noch nicht entschieden)

Das Ratifizierungsverfahren ist mit Unsicherheiten behaftet. Präsident Gasparovic erwartet, dass trotz gewisser Vorbehalte, das slowakische Parlament den Vertrag annehmen wird. Ein Referendum lehnt er ebenso wie Premierminister Dzurinda ab. Die christdemokratische KDH hat für den Fall, dass es keine Volksbefragung gibt, angekündigt, die Ratifizierung der Verfassung im Parlament möglicherweise nicht zu unterstützen. In jüngsten Umfragen sprachen sich 42% der Bevölkerung für ein Referendum aus, während 33,4% der parlamentarischen Ratifizierung Vorzug geben.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 71% der Slowaken befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 11% lehnen sie ab und 18% sind noch unentschieden.

Slowenien (parlamentarische Ratifizierung)

Sowohl die alte als auch die jetzt neue slowenische Regierung haben sich für die Verfassung ausgesprochen, sodass einer Ratifizierung nichts im Wege stehen dürfte. Die Notwendigkeit einer Volksbefragung wird nicht gesehen.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 80% der Slowenen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 7% lehnen sie ab und 13% sind noch unentschieden.

Spanien (fakultatives, bindendes Referendum)

Die spanische Regierung unter Zapatero gehört mit zu den größten Befürwortern einer raschen Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages. Auch die Partido Popular (PP) spricht sich für eine Ratifizierung und Annahme der Verfassung aus, ebenso wie die Christdemokraten aus Katalonien (UDC) und die baskischen Nationalisten (PNV). Aufgrund eines aussenpolitischen Bruchs zwischen PSOE und PP infolge des Besuches des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez erwägt die PP jedoch einen möglichen Aufruf zum Boykott gegen das Referendum.

Es kann dennoch erwartet werden, dass das für den 20. Februar 2005 geplante Referendum erfolgreich durchgeführt wird. Neuesten Umfragen zufolge wollen sich rund 50% der Spanier an dem Referendum beteiligen, 41,6% davon geben an mit Ja zu stimmen, 6% mit Nein, 14,8% würden sich enthalten oder eine ungültige Stimme abgeben. Mit der Anfang November 2004 begonnen Diskussion über die EU-Verfassung hat sich die Anzahl derjenigen, die unentschieden sind, von 12% auf 28% erhöht. Trotz der in Spanien offen geführten Debatte über die EU-Verfassung führt die allgemeine Unwissenheit über den Verfassungstext verstärkt zu Entscheidungsproblemen. Am 11. Februar 2005 wird auf Initiative von Premier Zapatero ein Gipfel „Für die Verfassung“ mit Kanzler Schröder und Präsident Chirac in Spanien stattfinden.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 72% der Spanier befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 13% lehnen sie ab und 15% sind noch unentschieden.

Tschechien (Referendum)

Auch Tschechien gehört mit zu den kritischen Ländern. Während die sozialdemokratisch geführte Regierung von Premierminister Gross sich gelegentlich zustimmend zum Vertragswert geäußert hat, verknüpft sie ihren Einsatz für die Ratifizierung mit einer finanziellen Vorausschau. Des weitem sprach sich die größte Oppositionspartei ODS auf ihrem jüngsten Parteitag Ende November gegen die Verfassung aus. Unterstützt wird sie dabei von ihrem früheren Vorsitzenden und jetzigen Präsidenten der Republik Václav Klaus. Noch nicht entschieden ist die Frage, ob ein bindendes Referendum stattfinden soll. Derzeit scheinen alle im Parlament vertretenen Parteien dafür zu sein. Strittig ist jedoch der Zeitpunkt: die Regierung möchte die Volksbefragung mit den Wahlen zum Parlament im Juni 2006 verbinden, während die ODS sich dagegen ausspricht.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 63% der Tschechen befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 18% lehnen sie ab und 19% sind noch unentschieden.

Ungarn (parlamentarische Ratifizierung)

Ungarn hat als zweiter Mitgliedsstaat dem Verfassungsvertrag zugestimmt. Am 20. Dezember votierten 304 Abgeordnete für die Verfassung, neun stimmten dagegen.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 62% der Ungarn befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 23% lehnen sie ab und 15% sind noch unentschieden.

Vereinigtes Königreich (fakultatives, bindendes Referendum 2006)

Obwohl die öffentliche Meinung wie auch die britischen Konservativen sich in ihrer Mehrheit gegen den Verfassungsvertrag aussprechen, hat Premierminister Blair entschieden, den Vertrag in einem Volksentscheid zur Abstimmung zu stellen und will sich für seine Annahme einsetzen. Unklar ist noch der Zeitpunkt des Referendums. Wahrscheinlich ist ein Datum nach Ende der britischen Ratspräsidentschaft im März 2006.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 49% der Briten befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 29% lehnen sie ab und 22% sind noch unentschieden.

Zypern (parlamentarische Ratifizierung)

Die Ratifizierung des Verfassungsvertrages ist unproblematisch. Die politische Klasse lehnt ein Referendum, für das es keine Rechtsgrundlage gibt, ab. Darüber hinaus befürworten alle Parteien, bis auf die linke AKEL, den Verfassungsvertrag.

Eurobarometerstudie vom Dezember 2004: 74% der Zyprioten befürworten die Idee einer europäischen Verfassung, 12% lehnen sie ab und 14% sind noch unentschieden.

3. Die europäischen Institutionen

Der Rat der EU hat die niederländische Ratspräsidentschaft (bis zum 31.12.2004) aufgefordert sich mit der Problematik des Desinteresses der europäischen Bürger hinsichtlich der EU-Verfassung zu befassen und effiziente Informationsaktivitäten einzuleiten. Mit der europaweiten Kampagne „Communicating Europe“ soll eine grenzüberschreitende Debatte angeregt werden, um einen Konsens bei den gemeinsamen Werten zu erzielen. Die EU-Kommission soll bis Mitte 2005 eine entsprechende Kommunikationsstrategie vorstellen.

Eine Mehrheit von Europaparlamentariern bejaht den Verfassungsvertrag. Am 30.11.2004 wurde der verfassungsbefürwortende Bericht von Berichterstatern Inigo Mendez de Vigo (EVP-ED) und Richard Corbett (SPE), der den EU-Mitgliedsstaaten die baldige Ratifizierung empfiehlt, mit großer Mehrheit vom Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten des EP (mit Ausnahme der französischen Sozialisten und der britischen Konservativen) angenommen. Die Abstimmung des Plenums über den Bericht am 12.01.2005 wird von einer Reihe von außerparlamentarischen Veranstaltungen begleitet werden, wie beispielsweise Diskussionsrunden zwischen Intellektuellen, Vertretern des Parlaments und der Öffentlichkeit. Nähere Details werden Anfang Januar bekannt gegeben.

Für den Vorsitzenden der stärksten Fraktion im Europaparlament, Hans-Gert Pötering (EVP-ED), ist die Ratifizierung des Verfassungsvertrages Priorität unter Prioritäten. In diesem Sinne schließen sich auch die anderen Christdemokraten (mit Ausnahme der tschechischen ODS und der britischen Konservativen) diesem Vorhaben an. Die Grünen-Fraktion (Grüne-EFA) des EP forderte in einem am 16.11.2004 angenommenen Text mit dem Titel „Ja zur europäischen Verfassung“ die Annahme der Verfassung trotz der aus ihrer Sicht bestehenden Mängel. In der Folgezeit seien die bestehenden Mängel des Entwurfes zu beheben. Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion (PSE) des EP fast aller Mitgliedstaaten (außer Schweden, Lettland, Malta und Zypern) sprechen sich für die Ratifizierung der EU-Verfassung aus. Auch der Zusammenschluss der europäischen Liberalen, ALDE, befürwortet die Verfassung und setzt sich für die Ratifizierung per Referendum in den einzelnen Mitgliedsstaaten ein. Gegner der Verfassung lassen sich vor allem bei den Unabhängigen (IND/DEM), der Vereinigten Europäischen Linken (KVEL/NGL) und bei der euroskeptischen Union für das Europa der Nationen (UEN) finden.

Eine am 2.10. 04 und 8.11.04 durchgeführte Eurobarometerstudie ergab, dass 68% der EU-Bürger der Idee der Europäischen Verfassung zustimmen: 81% der Belgier befürworten die Idee eines Verfassungsvertrag, 80% der Slowenen, 79% der

Deutschen und 77% der Luxemburger. Am wenigsten befürworten die Briten (44%) und die Dänen (49%) die Verfassungsidee. Italien hat 73% Befürworter, Polen 73%, Spanien 72% und Frankreich 70%. In dieser Schätzung zeigt sich auch, dass zahlreiche Menschen sich noch nicht in der Lage sehen auf diese Frage zu antworten.

4. Anhang:

EU-Verfassungsvertrag: geplante Referenden und das Ratifizierungsverfahren

<u>Mitglieds-</u> <u>staat</u>	<u>Referendum</u>	<u>Beginn Ratifizierungsverfahren</u>
Belgien	noch nicht entschieden	- noch kein Datum
Dänemark	ja	- obligatorisches, bindendes Referendum: Ende 2005
Deutschland	nein	- parlamentarische Ratifizierung: Beratungen im Bundesrat ab 17. Dezember 2004; Beginn der parlamentarischen Verhandlungen Ende Februar/Anfang März 2005
Estland	noch nicht entschieden	- noch kein Datum
Finnland	nein	- parlamentarische Ratifizierung: Beginn Ende 2005
Frankreich	ja	- fakultatives, bindendes Referendum: voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2005
Griechenland	nein	- parlamentarische Ratifizierung: Januar 2005
Groß- britannien	ja	- fakultatives, bindendes Referendum: wahrscheinlich nach März 2006
Irland	ja	- obligatorisches, bindendes Referendum: 2005
Italien	nein	- parlamentarischer Ratifizierungsprozess eingeleitet
Lettland	nein	- parlamentarische Ratifizierung: noch kein Datum
Litauen	nein	- Ratifizierung am 11.11.04 (84 ja; 4 nein; drei Enthaltungen)
Luxemburg	ja	- fakultatives, bindendes Referendum: 10. Juli 2005
Malta	nein	- parlamentarische Ratifizierung: noch kein Datum
Niederlande	ja	- fakultatives, nicht-bindendes Referendum: Sommer 2005
Österreich	nein	- parlamentarische Ratifizierung: noch kein Datum
Polen	ja	- fakultatives, nicht-bindendes Referendum: noch kein Datum
Portugal	ja	- fakultatives, bindendes Referendum: April 2005
Schweden	nein	- parlamentarische Ratifizierung: voraussichtlich bis Ende 2005
Slowakei	noch nicht entschieden	- Referendum noch nicht entschieden

Slowenien	nein	- parlamentarische Ratifizierung: noch kein Datum
Spanien	ja	- fakultatives, bindendes Referendum: 20. Februar 2005
Tschechien	ja	- Frage eines bindenden Referendums ist noch nicht entschieden; vor allem das geplante Datum, Juni 2006, ist umstritten
Ungarn	nein	- Ratifizierung am 20.12.04 (304 ja; 9 nein)
Zypern	nein	- parlamentarische Ratifizierung: noch kein Datum

Quellen: